

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 12 (1918)
Heft: 8

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Und das tut er auch.

Er gibt mit dem Beginn des Krieges erneut seine Demission, die er, der nur mit innerem Widerwillen in das Getriebe der Rüstungsindustrie hineingehezt wurde, schon vorher so oft gegeben hat, ohne einen andern Erfolg zu erzielen als ein neues Avancement, eine stärkere Rettung an die Firma, dessen Chef die ungewöhnlichen Eigenschaften dieses Manns erkannt hatte. So war er — noch nicht vierzig — in das Direktorium dieses Welthauses gelangt, befand sich in einer glänzenden Position, auf dem Gipfel einer Karriere, die Unzählige ersehnen, ohne sie je zu erreichen. Jetzt aber war er entschlossen, nicht mehr nachzugeben. Im August 1914 forderte er seine Entlassung; im November, als man sah, daß nichts mehr ihn zurückhalten könne, wurde sie ihm gegeben. Das mag natürlich ein großes Kopfschütteln in den Kreisen jener „Realpolitiker“ verursacht haben, die ideale Motive als etwas minderwertiges, als etwas anomalies ansehen. Aber für „zusammengebrochen“ hat ihn wohl keiner angesehen. Dies beweisen die Angebote, die dem Ausscheidenden von allen Seiten gemacht wurden. Die Reichsregierung übertrug ihm noch eine Mission in Rumänien, die er glanzvoll ausführte, ohne das ihm angebotene Honorar anzunehmen. Sie bot ihm sogar einen Gesandtenposten an.

Aber Muehlton zog es vor, sich den Cincinnatus zum Muster zu nehmen. Er ging nach der Schweiz, um hier Kohl zu bauen und Hühner zu züchten, und so die Tage zu erwarten, die es ihm vielleicht wieder einmal möglich machen könnten, einem Vaterland zu dienen, das seinen Fehler eingestanden hat. Viele glauben, der Tag werde dereinst kommen, wo dieser Mann als Retter seines Volks in die Heimat berufen werden wird. Nur er selbst will daran nicht glauben.

Alfred S. Fried.

Rundschau.

Wir haben in **Winterthur eine Streikperiode** hinter uns, die mehr als eine nur lokale und vorübergehende Bedeutung hat. Am 21. Juni traten die Straßenbahner und sämtliche städtischen Arbeiter in Ausstand. Acht Tage später ruhte die Arbeit in den drei großen Betrieben der Metallindustrie und zu gleicher Zeit streikten die Textilarbeiter etlicher Firmen. Die Ursache ist überall dieselbe: Lebensmittelteuerung ohne entsprechende Lohnerhöhung. Den städtischen Arbeitern war schon im Herbst 1917 eine Lohnerhöhung auf 1. Mai 1918 in Aussicht gestellt worden und zwar durch Gemeindebeschluß. Trotzdem ließ die beschlossene Revision der Lohnansätze auf sich warten. Begreiflicherweise folgten die Privatunternehmer diesem schlechten Bei-

spiel des Stadtrates. Die Situation war vollkommen klar und wurde auch von der großen Menge verstanden, mit Ausnahme der hartgesottenen Spießbürger und der einseitigen Politiker. Die Forderungen der Arbeiter sind denn auch zum großen Teil akzeptiert worden, die Metallarbeiter erreichten nach achttägigem Streik 85 % der von ihnen geforderten Lohnansätze. Das ist umso auffallender, als die allgemeine Geschäftslage für die Unternehmer viel günstiger war, als für die Arbeiter, namentlich in der Textilbranche, wo wegen Rohstoffmangel die Gefahr der Arbeitseinstellung, wenigstens der Arbeitszeitverkürzung drohte; andererseits waren aber gerade hier die Löhne so niedrig, daß auch den ruhigsten und bescheidendsten Arbeiterinnen die Geduld ausging. Es gab solche mit einem Zahltag von nur 17 bis 27 Franken.

Bekanntlich sind ja die Frauen schwer zu organisieren, es mußte sehr schlimm stehen um den „Verdienst“, daß sie sich endlich einmal in geschlossenen Reihen wehrten und streikten. Die Arbeitgeber waren über dieses Benehmen erstaunt und sträubten sich anfangs, überhaupt in Verhandlungen sich einzulassen, indem sie den Standpunkt des „Herrn im eigenen Hause“ geltend machen wollten. Sie kamen aber zu der Einsicht, daß das nicht mehr festzuhalten sei, und lenkten wohl oder übel ein. Das bedeutet einen großen moralischen Erfolg in Bezug auf die Anerkennung der Organisation. Es sind denn auch nicht weniger als etwa 500 Textilarbeiterinnen der Gewerkschaft beigetreten und ebenso etwa 1000 Metallarbeiter. So hat die Arbeiterschaft offenbar einen erfreulichen ökonomischen und politischen Erfolg davon getragen, der gewiß nicht zum geringsten Teil der eindrucksvollen Geschlossenheit und der musterhaften Ruhe während des gesamten Streiks zuzuschreiben ist.

Wir stehen aber damit keineswegs am Ende der Lösung eines gewaltigen Problems. Wenn auch der Streik gewiß für alle Teile ersprießlicher ist als eine lärmige Hungerrevolte, so ist damit doch noch lange nicht die Existenzfrage der untern Volksschicht gelöst. Darum traten kürzlich Vertreter der Behörden, Unternehmer und Arbeiter zu einer gemeinsamen Besprechung der Lebensmittelversorgung zusammen. Also kaum zehn Tage nach dem Lohnkampf finden wir Arbeiter und Arbeitgeber in gemeinsamer Beratung mit gemeinsamer Front gegen die Preisausschläge, welche eben die Lohnerhöhungen illusorisch machen. Wenn es sich dabei auch nur um eine Aussprache handelte, so ist doch bezeichnend, daß man auch in den Kreisen der Behörden und Unternehmer, die sonst mit dem Spekulantentum glimpflich umzugehen pflegen, dem Ernst der Lage gemäß anfängt, die Preissteigerung zu bekämpfen. Die Streikbewegung hat also auch nach dieser Seite hin heilsam gewirkt. Kurz, er ist gewissermaßen das Sicherheitsventil gewesen, durch das die abnormalen Druckverhältnisse im wirtschaftlichen Leben eine kleine ausgleichende Regulierung gefunden haben, bis irgendwie wieder neuer Druck sich ansammelt, was wohl nicht allzu

lang auf sich warten lassen wird in diesen Zeiten privilegierter Unordnung und Ungerechtigkeit im Völkerleben. L. St.

Die Vermeidung des Bürgerkrieges. Ueber das schweizerische Hauptereignis der letzten Zeit, das sich in der Frage zuspitzt, ob der Landes-Generalstreik ausbrechen und damit die Gefahr des Bürgerkrieges uns sehr nahe rücken werde, wäre Vieles zu sagen, wenn wir nicht alles Prinzipielle, was damit verbunden ist, in den Neuen Wegen und andermwärts schon oft ausgesprochen hätten. Diese Vorgänge sind nur eine Bestätigung dessen, was wir, begleitet von viel Entrüstungslärm, oft genug gesagt haben. Darum dürfen wir uns auf ein paar kurze Bemerkungen beschränken.

Da wir im Laufe dieser Jahre an der Taktik der Arbeiterschaft so oft Kritik üben mußten, so liegt uns an, zu erklären, daß wir diesmal mit ihr im Wesentlichen durchaus einverstanden waren. Die von ihr aufgestellten Forderungen waren im Ganzen das, was wir immer verlangt haben: einfach, einleuchtend, notwendig und so, daß auch eine große Menge von Nichtsozialdemokraten sie mit Freuden als die Ihrigen anerkennen konnten. Daß die Drohung mit dem Generalstreik nötig wurde, tat uns natürlich leid. Denn wir sind nun einmal abgesagte Gegner aller Gewalt. Aber wenn irgend einmal, so war sie wohl diesmal berechtigt. Denn es waren namentlich die reaktionären politischen Maßregeln des Bundesrates: die Beschlüsse in Sachen der Refraktäre und Deserteure und der Press- und Versammlungsfreiheit, die dem Fuß den Boden ausschlugen. Vergleichen dürfen wir uns einfach nicht länger bieten lassen. Unser vorläufig noch herrschendes System, dessen Organ der Bundesrat nur zu sehr bildet, muß einsehen, daß die Macht der Reaktion nicht mehr so groß ist, wie sie noch vor einiger Zeit zu sein schien und daß es einfach nicht mehr angeht, die Opposition derart als *quantité négligeable* zu behandeln, wie das bisher üblich war. Diese Kreise sind gewarnt. Sie sollen nicht mit dem Feuer spielen und sich klar werden, ob sie länger Organe einer Partei oder der sittlichen Idee der Volksgemeinschaft sein wollen. Entweder — Oder. Wenn sie aber unklar hin und her schwanken und es bald — irgend einem Drucke nachgebend — mit der starken Hand versuchen, und bald mit dem Vermitteln, dann können sie sich nur Niederlagen zuziehen und jeden Kredit verlieren oder allfällig wider Willen den Bürgerkrieg entzünden.

So lange der Bundesrat und analoge Behörden sich so wie bisher als Vertreter der herrschenden Gesellschaftsordnung und ihrer gesamten Denkweise empfinden, haben sie auch kein Recht, von einer Nebenregierung, einem „Soviet“, von Olten zu reden. Denn so lange steht einfach eine Klassenorganisation der andern gegenüber, wobei bloß die eine den Schein der Geseglichkeit für sich hat, aber nur den Schein davon, und jedenfalls kein überlegenes moralisches Recht. Anders würde dies erst mit dem Tage, wo wir mit einander wirklich auf den Boden einer sittlichen und echt demokratischen Volksgemeinschaft, wie wir sie wollen, getreten wären. Jetzt steht Gewalt gegen Gewalt, wir wollen anstelle dieses Zustandes Gerechtigkeit und Liebe setzen. Uns ist also der Generalstreik oder gar der Bürgerkrieg nichts, das wir wünschen. Auf dem heutigen Boden hatte die Drohung mit dem Generalstreik ein relatives Recht, wie die Oltener Organisation ihr relatives Recht hat, aber wir blicken auch über diesen Krieg hinaus auf einen Friedenszustand, der unser Ziel ist.

Wir möchten darum auch dem Bundesrat nicht Unrecht tun. Sein Einlenken ist doch wohl nicht bloß eine Frucht der Angst gewesen. Wir trauen einem Manne wie Motta und auch dem jetzigen Bundespräsidenten, welches auch ihre Fehler in diesen Dingen gewesen sein mögen, und so sehr wir des Letztern Haltung in Sachen der akademischen Dienstverweigerer verurteilen müssen, doch ein nicht ganz kleines Maß von sozialem Verständnis und Freiheit von der Systemsborniertheit zu. Ueberhaupt regt sich in der bürgerlichen Welt sehr stark ein neues soziales Gewissen, viel stärker, als dies in unserer Freisinnspresse zum Ausdruck kommen kann. Freilich muß der neue Geist da noch ganz anders aufbrechen, wenn wir dem sozialen Bürgerkrieg endgültig entgegen wollen. L. R.